



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Arbeiteraufstand in Belgien.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Befreiung unsrer Dichtung vom Druck der Prüderie und der falschen Bornehmheit lauern Erscheinungen, nach denen niemand Begehr tragen wird, der sich noch Glauben an die Zukunft, und eine glückliche Zukunft, unsrer Literatur bewahrt hat. Die nähere Betrachtung der seitherigen Leistungen der naturalistischen Schule wird klar machen, daß die Freiheit der poetischen Darstellung, die sie erstrebt und verheißt, eine verzweifelte Ähnlichkeit mit der Freiheit zeigt, welche unter Konvent und Wohlfahrtsauschuß in Frankreich üblich wurde, und hinter der die straffste und unbarmherzigste Ordnung als ein Segen empfunden wurde. Nur ein Moment mag hier noch hervorgehoben werden. Unsrer Naturalisten spielen wundersam mit den Begriffen vom Recht der Masse und des Einzelnen. Jenen Dichtern, welche Schicksale und Wesen hervorragender, ungewöhnlicher Menschen darstellen, setzen sie die Behauptung entgegen, daß diese Helden der vergangenen Periode der Literatur angehören, und daß die einzig würdige Aufgabe des modernen Schriftstellers in der Darstellung des Massenlebens bestehe. Wo jedoch die Massen der Leser, die Hunderttausende der Abnehmer illustrierter Familienblätter das Schwergewicht ihrer — berechtigten und unberechtigten — Anschauungen und Vorurteile in die Wagschale der Literatur werfen, begehren dieselben Reformer volle Freiheit für das geniale Individuum. Sehen wir zu, wie sich all diese Forderungen und Widersprüche in den Leistungen der naturalistischen Schule geltend machen und welchen Wert diese Leistungen als Ausgangspunkte einer neuen Entwicklung unsrer Literatur haben können.



Der Arbeiteraufstand in Belgien.



Belgien, das Musterland des Parlamentarismus, bisher viel gerühmt und als Beispiel des Segens angeführt, den dieses politische System über alle, die nach ihm regiert werden, verbreitet, hat in den letzten Wochen die Lobsprüche, welche die Liberalen ihm bei jeder Gelegenheit zu spenden gewohnt waren, in arger Weise Lügen gestraft und gezeigt, daß es nicht nur selbst recht faule Stellen an seinem staatlichen und gesellschaftlichen Körper hat, sondern auch zu einer Gefahr für die Nachbarn werden kann. Ein Bürgerkrieg, ein Aufstand der Arbeiter gegen die sie beschäftigenden Kapitalisten brach aus und führte zu Auftritten, welche bei den aufständischen Massen sehr bedenkliche Instinkte enthüllten. In der Umgebung von Lüttich beginnend, griff die Bewegung rasch um sich und breitete sich zunächst über die Bezirke um Mons und Charleroi aus, ohne daß die Behörden

rechtzeitig instande gewesen wären, ihr Einhalt zu thun. Von Arbeitseinstellungen ging man zu Zwang gegen die, welche weiter arbeiten wollten, über, und bald schritten die Meuterer sogar zur Niederbrennung von Fabriken und Hüttenwerken, zu Plünderungen, zur Zerstörung von Maschinen und zu andern Eigentumsverletzungen. Es kam zu Zusammenstößen mit den kleinen Abteilungen von Militär, welche die Regierung anfangs zur Stelle hatte, und eine nicht unbeträchtliche Zahl von den Empörern bezahlte ihre verbrecherische Aufhebung gegen Gesetz und Ordnung mit dem Leben. Zuletzt wurde mit Aufbietung größerer militärischer Mittel die sozialistische Revolution zwar niedergeworfen und allenthalben die Ruhe wiederhergestellt. Aber inzwischen ist vielmehr Unfug verübt und vielmehr Schaden angerichtet worden, als die Regierung zu beklagen haben würde, wenn sie sich eher auf ihre Pflicht besonnen hätte, auf ihre Pflicht zur Sorge für die Arbeiter und zum Schutze der Arbeitgeber.

Allerdings trägt die Regierung nicht die Schuld an dem niedrigen Stande der Löhne, welcher den unmittelbaren Anlaß zu der Empörung gab. Die Unternehmer konnten infolge der ungünstigen Lage der Industrie, welche jetzt fast allenthalben, nicht bloß in Belgien, mehr oder minder schwer empfunden wird, meist ohne sich selbst zu ruiniren, die Arbeit nicht besser bezahlen. Die Bergleute in der Gegend von Mons erhalten in der That für acht Stunden Arbeit in den dortigen Kohlengruben nur etwa zwei Mark, und das ist, wenn man die schweren Mühen und das Gefährliche ihrer Beschäftigung bedenkt und sich erinnert, daß die Lebensbedürfnisse in Belgien im Vergleiche selbst mit denen in teuern Gegenden Deutschlands nichts weniger als wohlfeil sind, ein sehr geringer Lohn. Indes ist auch der Erlös aus der Ausbeute der betreffenden Kohlenbergwerke schon seit geraumer Zeit ein äußerst kärglicher: in den letzten acht Jahren verzinst sich das auf sie verwendete Kapital nur mit einem Prozent, und wollte man das dem Lohne der Bergleute zulegen, so würde es nur einem Mehrverdienste derselben von sechs Centimes täglich gleichkommen. Ähnlich steht es im Kohlenbecken von Charleroi, ähnlich auch in den Gegenden, wo die Glasindustrie, die Verfertigung von Eisenwaaren und Steingut und die Weberei große Massen der Bevölkerung beschäftigen. Allenthalben zeigt sich, daß man zuviel unternommen und erzeugt hat, überall haben die Fabrikanten mit verminderter Nachfrage und gefährlichem Wettbewerb der Nachbarn auf dem Weltmarkte zu kämpfen. Daneben aber geht eine künstlich geschürte Unzufriedenheit der arbeitenden Massen her, die Wirkung sozialistischer Wühlerei und Hezerei, eine Strömung, die überall ihre Wellen schlägt, in den Streiks und Dynamitverbrechen französischer Fabrikgegenden, in den aufrührerischen Auftritten, welche vor kurzem die Bewohner Londons in Schrecken versetzten, und in der großen Eisenbahnrevolte, die in den Freistaaten von Nordamerika durch die „Ritter der Arbeit“ organisiert wurde. In Belgien hatte das Treiben der sozialistischen Agitatoren schon vor mehreren Jahren weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung

ergriffen, da die Geseze, nach den Grundsätzen fast unbeschränkter Freiheit zugeschnitten, keinen Schutz dagegen gewährten. Günstigere Gelegenheit für die Vorbereitung ihrer Absichten auf einen Umsturz der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse fanden die leitenden Geister der Sozialdemokratie nirgends als in dem liberalen Musterstaate Belgien. Im Jahre 1865 begannen sie hier Fuß zu fassen, und schon 1875 schätzte Laveleye die Zahl ihrer organisierten Anhänger — wohl etwas zu hoch — auf 200 000. Einige Jahre vorher wurde dem Baseler Kongresse ein Bericht vorgelegt, nach welchem die sogenannte Internationale in ihren Listen 60 000 Namen belgischer Arbeiter führte. Hinsichtlich der Organisation des sozialistischen Bundes in Belgien ist zu bemerken, daß 1870 zehn „Föderationen“ desselben bestanden: die von Brüssel, die von Antwerpen, die von Gent, die von Dampremy (beide im Becken von Charleroi), ferner die von Lüttich, die des Borinage, die des Zentrums, die im Besdrethal und die von Huy. Preßorgane besaß der Bund damals in Belgien schon sechs, darunter ein täglich erscheinendes Blatt, die in Brüssel herauskommende, nicht ungeschickt geleitete „Liberté,“ in Antwerpen den vlämisch geschriebenen „Werker,“ in Verviers den „Mirabeau“ und den „Proletaire,“ in Brügge den „Vooruit,“ ebenfalls für die Vläminger bestimmt, und in Seraing den „Réveil.“ Außerdem konnten die Agitatoren auf die Unterstützung der Lütticher Blätter „Le Petit Courseire“ und „L'Éclair“ sowie auf die der Brüsseler Monatschrift „La Solidarité“ rechnen, welche der „sozialistische Philosoph“ Fauvety, ein Schüler von Pierre Veroug, herausgab. Die Föderationen oder Sektionen hatten nach ihrer Vereinigung, der auch die „freien Arbeiter“ von Verviers beitraten, einen Generalrat von sechzehn Mitgliedern und beschickten einen alljährlich einmal tagenden allgemeinen Kongreß. Arbeitseinstellungen und sonstige Zerwürfnisse zwischen den belgischen Unternehmern und Arbeitern verhalfen der Internationale zu einer großen Bedeutung, indes waren deren Führer nicht für Streiks, da sie auf gewaltzamere und weniger lokale Lösung der Arbeiterfrage hinsteuerten, und damit fanden sie bei der Mehrzahl der Bundesglieder kein Verständnis, auch erfreuten sich die atheïstischen Lehren der Marxianer und Bakunins wenigstens bei den meist bigott katholischen vlämischen Massen keines Anklanges, zumal da ihnen die Ultramontanen durch die Gründung des Kaviersvereins, der nach dem Muster der katholischen Gesellenvereine in Deutschland organisiert war und in der Zeit seiner Blüte gegen 50 000 Mitglieder zählte, nicht ohne guten Erfolg entgegenwirkte. Als die Internationale aufhörte, versuchten ihre belgischen Angehörigen sich als nationale Partei zu gestalten, doch zerfielen sie sofort in zwei Parteien: die eine wollte sich, wie die deutschen Sozialisten, der Mittel zur Verwirklichung ihrer Pläne auf dem Wege der Wahlen bemächtigen und verband sich mit den radikalen Elementen des Bürgertums zu der Forderung des allgemeinen Wahlrechts, die andre, deren Organ der „Mirabeau“ wurde, behauptete, nur auf der Bahn der gewaltzamen Niederwerfung des Bestehenden

könne geholfen werden. Die neuesten Ereignisse zeigen, daß diese Gruppe der belgischen Sozialisten in den letzten Jahren viel Einfluß erlangt hat.

Laveleye ist in seinem Buche *Le socialisme contemporain* der seltsamen Meinung, die freiheitlichen Einrichtungen, deren sich Belgien und die Schweiz rühmen, seien das beste Schutzmittel gegen die Ausschreitungen der sozialistisch bearbeiteten untern Schichten der Bevölkerung. Die Regierung oder, was dasselbe ist, die abwechselnd herrschenden Parteien der Mittelklasse teilten diese Ansicht, nach welcher die Freiheit alles zuletzt ganz naturgemäß sich ordnen und ausgleichen läßt, und nach welcher sie zwar Wunden schlagen kann, sie aber immer auch heilen muß, weshalb der Staat sich in ihr Wirken nie einmischen darf. Diese Überzeugung bewog die Regierung, die Dinge gehen zu lassen, wie sie wollten. Sie sah keine Gefahr in der Pressfreiheit, in dem unbefchränkten Vereins- und Versammlungsrechte, wie sehr alle diese Institutionen auch zur Vorbereitung einer sozialistischen Revolution, zur Erregung von Klassenhaß und zum Predigen der krasssten Irrtümer gemißbraucht wurden. Eine Zeit lang schien es, als ob sie richtig urteilte: die Ordnung wurde kaum jemals wesentlich gestört. Jetzt aber hat die Sache ein andres Gesicht bekommen, und die Regierung und das Land büßen ihr falsches Vertrauen auf die alleinseligmachende Kraft der liberalen Doktrin. Sie büßen aber auch andre Irrtümer. Wie nichts zur Einschränkung der mißbrauchten Presse geschah, so unterblieb auch jede Sorge für das materielle Bedürfnis der untern Volksschichten. Gleichgiltig gegen diese erblickt der belgische Bourgeoisstaat seine Lebensaufgabe einzig und allein in der Handhabung und Ausbildung der konstitutionellen Theorie, des Parlamentarismus, der Majoritätenwirtschaft. Mit der Regelmäßigkeit des Perpendikels einer Wanduhr schaukelten sich die beiden Parteien der allein mit Stimmrecht versehenen Zensusklassen auf und ab. In fast mathematisch genauen Perioden wurde das Land jetzt von den Liberalen und jetzt von den Merikalen regiert, je nachdem die einen oder die andern bei den Wahlen mehr Glück oder mehr Geschick hatten. Diese Nebenbuhlerschaft und dieses Ringen der politischen Parteien nahm alles Denken und alle Kräfte des Volkes in Anspruch, sodaß für die eigentlichen Aufgaben desselben, besonders für die wirtschaftlichen, in den leitenden Kreisen weder viel Muße noch viel Neigung übrig blieb. Weder die Liberalen noch ihre Gegner, die Jesuiten und ihr Schweif, legten irgend welches ernste Interesse dafür an den Tag, und die Krone, welche sich der Sache hätte annehmen sollen, war „gewissenhaft konstitutionell,“ d. h. sie folgte ausnahmslos den Schwingungen der Parteien und war nur deren Dienerin. Belgien ist ein Fabrikland, es hat eine Bevölkerung von Fabrikarbeitern so zahlreich wie kein andres, und trotzdem ist man mit der Gesetzgebung für die Arbeiter hier weiter zurückgeblieben als in irgend einem andern. In echt manchesterlicher Art sah man ein Eingreifen des Staates in die Entwicklung dieser Fragen nicht bloß als überflüssig, sondern als Verjündigung am Prinzip an. Daß die Arbeiter kein Stimm-

recht haben, ist kein Unglück; man weiß ja, was sie anderwärts damit leisten. Aber sie hatten bisher auch keinen Befürworter ihrer Interessen von anderer Seite und außer der herkömmlichen Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit kaum andre Rechte. Die liberale Partei, die jahrelang am Ruder stand, war in dieser Hinsicht fast vollständig unthätig. So lange die Liberalen nur Opposition waren, machten sie sich diese Enthaltensamkeit zu nutze, beklagten sie als Trägheit, Unfruchtbarkeit und Unfähigkeit und versprachen ihrerseits eine großartige Initiative, weitgehende Zugeständnisse und umfassende Reformen. Als sie aber ans Regiment kamen, zeigten sie sich nicht weniger impotent als ihre Vorgänger in der Verwaltung und ließen ihre Versprechungen unerfüllt. Sie besitzen die Macht, zu helfen, jetzt zwei volle Jahre und haben sie bis heute noch in keiner Hinsicht angewendet. Sie glaubten besseres zu thun zu haben. Alle Erscheinungen auf dem Gebiete des neuern wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, alle Versuche, die Lage der arbeitenden Klassen zu heben und zu bessern, alle Erfolge solcher Versuche in den Nachbarländern gingen an den neuen belgischen Staatslenkern vorüber, ohne auf sie Eindruck zu machen und sie zur Nachäferung zu veranlassen. Sie hatten sich ihrer Meinung nach in erster Reihe mit der Sorge für die Kirche zu beschäftigen, neue geistliche Pfünden zu schaffen, das Klosterwesen zu begünstigen, die Schulen den Priestern unterzuordnen, Friedhofsfragen im Sinne ihrer Partei zu entscheiden und ähnliches zu besorgen, während doch die Geschäfts- und Arbeitskrisis mit jeder Woche dringender Maßregeln zur Vorbeugung gegen die ärgste Not zu ergreifen gebot. Im deutschen Reiche und in Oesterreich, Länder, welche die belgischen Phrasendreschler als tief unter ihrem Musterstaate stehend, als zurückgeblieben, als despotisch beherrscht ansehen und behandeln, haben längst schon die Frauen- und Kinderarbeit billig geregelt und der Ausbeutung der Arbeiter nach Möglichkeit Schranken gezogen, sie haben die Unfall- und Krankheitsversicherung ins Leben geführt und sind nahe dabei, auch die Altersversicherung ihrem Reformwerke hinzuzufügen. Den Belgiern mit ihrem thörichten Dünkel ist es meist nicht einmal bekannt, daß solche gesetzliche Ordnung und Verbesserung des Looses der Arbeiter überhaupt existirt, geschweige denn, daß etwas der Art bei ihnen von Staatswegen auch nur begonnen worden wäre. Langdauernde Arbeit bei kärglichem Lohn, keinerlei Schutz gegen gewissenlose und unbarmherzige Ausbeutung, traurigste Unsicherheit gegenüber der Möglichkeit von Unfällen und Erkrankungen, trübste Aussichten auf die Zeit des Alters, das ist das Loos des Arbeiters in dem Staate, welcher das Ideal der Liberalen vom Schlage unsrer Deutschfreistmigen ist.

Das Elend der untern Bevölkerungsschichten blieb also in Belgien während der letzten Jahrzehnte durchschnittlich immer dasselbe, und die regierenden Klassen, ihre Parteiführer und Minister schienen es einfach als natürlichen und keine Besserung zulassenden Zustand zu betrachten. Die Betreffenden klagten zwar,


thaten aber sonst nichts zur Änderung ihrer Lage. Sie mußte also wenigstens nicht ganz unerträglich sein. In Zeiten, wo der Handel blüht, sind die Menschen zu beschäftigt und zu wenig schlecht gelohnt, um an ihr Schicksal viel zu denken und dessen Härten so zu empfinden, daß sie sich dagegen auflehnen. Fehlt es dagegen an genügendem Absatz, stockt die Arbeit und sinken die Löhne, so sieht man sich mit andern Augen an, die Unzufriedenheit erwacht, der Neid und der Haß, der bisher nur glimmte, flammt auf, und die politischen und sozialistischen Demagogen, die sich dann beeilen, ihn zu Gewaltthaten anzufachen, finden für ihre Brandreden bereitwillige Ohren. Die Regierung mußte, auch wenn sie sonst kein Auge und Herz für die traurige Lage der Arbeiter hatte, solche Fälle voraussehen und für sie gerüstet sein. Sie hatte wenigstens rasch zu sorgen, daß die Klasse der Besitzenden, aus der sie hervorgegangen war und die sie vertrat, nicht zu schwer unter den Folgen der Unterlassungssünden litt, deren sie, die klerikale Regierung, sich gleich ihrer liberalen Vorgängerin gegenüber den Arbeitern schuldig gemacht hatte. Sie mußte wissen, daß es im Lande viel Böbel und Gefindel giebt, immer bereit, sich Meutereien anzuschließen, um Plünderungen und Zerstörungen von Eigentum vornehmen zu können. Sie kannte die Wühler aus höhern Ständen, welche die Massen aufhetzen, schritt aber weder gegen deren Reden noch gegen deren Flugschriften ein. Sie war gewarnt durch den Streik und die Mordscene zu Decazeville im benachbarten Frankreich. Dennoch versäumte sie, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen. Jetzt, wo das Kind in den Brunnen gefallen ist, will sie ihn zudecken. Aber inzwischen haben die erhitzten Massen viel Unheil angerichtet und in ihrer Verblendung durch Niederbrennung von Arbeitsstätten und andre Zerstörung sich für die nächste Zeit selbst die schwache Lebenslust entzogen, die ihnen bisher gegönnt war. Man hat verhältnismäßig viele von den Aufständischen zusammenschießen müssen. Hätte man eher Soldaten gebraucht und eher geschossen, so wären unzweifelhaft viel weniger Schüsse nötig geworden. Jetzt herrscht die Ruhe des Belagerungszustandes. Der aber kann nicht ewig währen. Was soll geschehen? Was wird die Regierung thun, um die billigen Ansprüche der Arbeiter zu erfüllen? Am 30. März sagte der Minister Bernaert in der Deputirtenkammer, man müsse jetzt an die Zukunft denken, und die Regierung werde dies in aller Ruhe thun und nach Mitteln suchen, den Arbeitern zu helfen und Arbeit für sie zu finden. Sie werde zu dem Zwecke von den Volksvertretern einen Kredit von 43 Millionen Franks fordern, und man werde damit Buzinallinien bauen, deren Vollendung in der Ausdehnung von 352 Kilometern noch in diesem Jahre zu hoffen sei. Das wird aber nur für eine kleine Zeit der Verlegenheit steuern, und der Minister wird nach weiteren Maßregeln zur Abhilfe, zu dauernder Abhilfe suchen müssen. Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei verlangt in dem sozialistischen Blatte „Le Peuple“ für die Arbeitslosen Beschäftigung mit genügendem Lohne durch Anordnung öffentlicher Ar-

Grenzboten II. 1886.

beiten, was durch die Erklärung Bernaerts versprochen ist, ferner volkswirtschaftliche Reformen, Schutz der Arbeit vor Ausbeutung durch das Kapital, was in dieser Allgemeinheit möglich und gerecht, aber auch unmöglich und ungerecht sein kann, Kreditorganisation, Übernahme der Bergwerke durch den Staat, was den Manchesterern ein Greuel sein wird, Revision des Steuersystems, endlich das allgemeine Wahlrecht. „Wenn die Regierung und die herrschenden Kapitalisten, heißt es dann weiter, die Abstellung unsrer gerechten Beschwerden verweigern und fortfahren, den Arbeiter als Paria zu behandeln, hat dieser dann nicht das Recht, zu einem allgemeinen Streik seine Zuflucht zu nehmen? Das Recht zur Koalition und Arbeitseinstellung besteht, und wir sind befugt, es auf alle Industrien des Landes auszuweiten. Jedenfalls ist für die Arbeiter die Stunde gekommen, zu zeigen, daß sie es satt haben, sich als Lasttiere und Kanonenfutter gebrauchen zu lassen.“ Der letzte Satz ist Phrase. Die Ausdehnung des Streiks über alle Industrien Belgiens ist gesetzlich nicht verwehrt, wird aber ohne Zwang nicht durchzusetzen sein, und Zwang kann selbstverständlich nicht gestattet werden. Wir meinen, der Musterstaat Belgien wird am besten thun, sich das deutsche Reich zum Muster zu nehmen und recht bald mit Versuchen zu beginnen, seine Arbeiter nach dem Beispiele der Bismarckschen Reformen besser zu stellen. Sonst wird er über kurz oder lang wieder eine Gefahr für die Nachbarn sein und vielleicht einmal als solche behandelt werden müssen.



Zur Verhandlung über das Sozialistengesetz.

ie große Schlacht im Reichstage über das Sozialistengesetz ist geschlagen. Die gesunde Vernunft hat schließlich doch wieder gesiegt; das Gesetz ist nach dreitägiger Verhandlung mit erheblicher Mehrheit, die durch Zutritt eines Teils des Zentrums sich bildete, angenommen worden. Die Vertreter der Sozialdemokratie tobten und wüteten; zahlreiche Ordnungsrufe fielen auf ihre Häupter. Herr Bebel ließ sich sogar hinreißen, den Königsmord anzupreisen für den Fall, daß bei uns ähnliche Zustände wie in Rußland entstehen würden. Der Reichskanzler beleuchtete in seiner am zweiten Tage gehaltenen Rede die damit offen eingestandenen Ziele dieser Partei. Aber weder diese Äußerung des sozialdemokratischen Führers noch alles übrige, was aus seinem und seiner Genossen Munde kam, konnte uns überraschen. Es sind ja nur Konsequenzen ihrer Lehren. Die Krone der Verhandlung gebührt in unsern Augen nicht ihnen,